

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Rich. Müller
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Börsenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anpreisungsgebühr
für die sechsgehaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Vor der Entscheidung

Von Rich. Müller.

Wie müssen die Betriebsräte zusammengesetzt werden? Diese Frage ist jetzt zu entscheiden. Sie mag vielen als nebenächlich erscheinen und mancher wird es nicht verstehen, wenn es darüber zu einem erbitterten Meinungskampf kommt. Und doch, die deutsche Arbeiterbewegung steht vor einer folgenschweren Entscheidung, die an Bedeutung den Entscheidungen vom August 1914 und vom November 1918 in nichts nachsteht.

Wie müssen die Betriebsräte zusammengesetzt werden? Diese Frage ist gleichbedeutend mit der Frage: Was haben die Betriebsräte für Aufgaben zu lösen? Und diese zweite Frage muß ergänzt werden durch die Fragen: Sollen die Betriebsräte erweiterte Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden, die sich einschließen in den engen Rahmen ihrer Berufsorganisation? Sollen sie lediglich eine sogenannte Betriebsdemokratie erstreben, im übrigen aber die kapitalistische Profitwirtschaft wieder ungestört lassen? Oder sollen sie auch außerhalb der Berufsorganisationen, unabhängig ihrer religiösen und politischen Überzeugung, zusammengesetzt werden, um die soziale Revolution vorwärts zu treiben? Sollen die Betriebsräte an den Kämpfen um die Eroberung der politischen Macht teilnehmen, ja die Träger dieser Kämpfe werden? Sollen sie weiter sich vorbereiten und schulen zur Überführung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, um dann zu Trägern der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu werden und so sich fortbilden zu einem Organismus, der zum Träger des gesamten Wirtschaftslebens werden soll? Wie diese Fragen werden entschieden, wenn wir über die Zusammensetzung der Betriebsräte entscheiden.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat diese Fragen auf seiner letzten Verbandsgeneralversammlung entschieden. In der angenommenen programmatischen Erklärung wird der Zusammenschluß der Arbeiterklasse — aller Hand- und Kopfarbeiter — zu gewaltigen Kampforganisationen gefordert. Weiter wird gefordert der Kampf um die Produktionsmittel, der Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus. Und im Anschluß an diese Forderungen erklärte unser Verbandstag:

„Das Proletariat Deutschlands hat sich Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. Diese fanden mehr oder weniger auf dem Boden des Klassenkampfes, soweit es sozialistische Partei- oder freigeberische Organisationen waren. Infolge der als Folgeerscheinung des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des dadurch bedingten und immer näher rückenden Endkampfes können diese Organisationen allein nicht mehr genügen. Vielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Wirtschaftens zur wirtschaftlichen Bewältigung zu werden. Dieses Rätesystem muß alle Kräfte des wertvollen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erreichung des Sozialismus vereinigen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Überleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.“

In dieser programmatischen Erklärung sind die Aufgaben der Betriebsräte festgelegt. Wenn unser Verbandstag den Kampf um die Produktionsmittel fordert, so fordert er den politischen Kampf, den Kampf um die Eroberung der politischen Macht, den Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital, denn das ist die Voraussetzung für die Beseitigung des Kapitalismus.

Unser Verbandstag hat weiter klar und scharf ausgesprochen, daß die heutigen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen den immer näher rückenden Endkampf allein nicht führen können. Darum forderte er den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisationen zu Industrieverbänden und deren organische Entwicklung zu einem als Kräfte des wertvollen Volkes erscheinenden Rätesystem. Damit sprach unser Verbandstag aus, daß die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nicht Selbstzweck sind, sondern nur Mittel zum Zweck, das heißt Werkzeuge im Klassenkampf des Proletariats, die je nach den Kampfbedingungen unzulänglich sind.

Wenn wir jetzt die Frage entscheiden wollen: Wie müssen die Betriebsräte zusammengesetzt werden?, so müssen wir dabei den Willen unseres Verbandstages respektieren. Die Zusammenfassung der Betriebsräte wird bedingt durch die Aufgaben, die sie erfüllen sollen. Wollen wir den Betriebsräten die etwas erweiterten Funktionen der alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse übertragen, dann genügt ihre Eingliederung in die bestehenden Berufsorganisationen. Sollen die Betriebsräte die Aufgaben erfüllen, die unser letzter Verbandstag für notwendig hielt, dann müssen wir sie neben der Erfüllung durch die Berufsverbände auch außerhalb dieser zu gewaltigen, selbständigen Organisationen zusammenschließen. Wenn wir alle Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte der Metallindustrie zu einer Organisation zusammenschließen, dann schaffen wir die Voraussetzung für die Erfüllung der von unserem letzten Verbandstag aufgestellten Forderungen, denn durch die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte, der Vertreter der Arbeiterschaft, schaffen wir die Voraussetzung für den Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft.

Diejenigen Mitglieder unserer Organisation, die für die Erfüllung der Forderungen unserer letzten Verbandsgeneralversammlung eintreten wollen nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat, müssen mit allen Kräften den Zusammenschluß aller Betriebsräte der Metallindustrie herbeizuführen versuchen. Sie müssen aber auch diese Betriebsräteorganisation der Metallindustrie, die wiederum ein Glied der Gesamtorganisation der Betriebsräte aller Industrie- und Verkehrsgruppen sein muß, den Inhalt geben, das heißt die Aufgaben zuweisen, die unser Verbandstag aufgestellt hat. In der Praxis ist davon noch nicht viel zu sehen. Bereits bei der Wahl der Betriebsräte mußte jeder Kollege, der auf dem revolutionären Boden unserer letzten Verbandsgeneralversammlung steht, für die Wahl revolutionärer Betriebsräte eintreten und alle Versuche, die das Gegenteil bezwecken, zurückweisen. Ich habe diesen Standpunkt in der Nr. 12 der M.-Z. vom

20. März klar und scharf vertreten. Das hat den Widerspruch des Kollegen Robert Dikmann ausgelöst, der mir in einem Artikel in der Nr. 13 unserer Zeitung entgegentrat, weil er glaubte, mein Standpunkt könne die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zerstören. Ich habe dem Kollegen Dikmann nicht geantwortet, will auch heute nicht näher darauf zurückkommen, da der brennendste tagenda erweiterte Beirat diese Frage zu entscheiden hat. Aber jetzt, wo über die Zusammenfassung der Betriebsräte entschieden wird, halte ich mich für verpflichtet, auf die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages hinzuweisen und die Maßnahmen vorzugeben, die wir auf Grund dieser Beschlüsse zu ergreifen haben.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat jetzt an die Ortsausschüsse der Gewerkschaften einen Aufruf erlassen, in dem Richtlinien für die Zusammenfassung der Betriebsräte angeklagt werden. Aus dem Aufruf ist zu entnehmen, daß die Betriebsräte den Gewerkschaften eingegliedert werden sollen, um die Aufgaben zu erfüllen, wie sie der Nürnberger Kongreß aufgestellt hat.

Die Beschlüsse unserer letzten Verbandsgeneralversammlung stehen im Widerspruch zu den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses. Obgleich wir noch nicht wissen, wie die Richtlinien des A. D. G. B. aussehen, glaube ich doch annehmen zu dürfen, daß sie sich nicht mit den Beschlüssen unserer Verbandsgeneralversammlung vereinbaren lassen.

Wollen wir uns als größte und stärkste Organisation der Welt den Beschlüssen des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes unterordnen oder die Konsequenzen aus der programmatischen Kundgebung unseres Verbandstages ziehen? Diese Frage ist bei der Zusammenfassung der Betriebsräte zu entscheiden.

Ich habe in der Nr. 15 unserer Zeitung unter der Überschrift „Das Gebot der Stunde“ dargelegt, welche Aufgaben die Betriebsräte zu erfüllen haben, wie sie zusammenzufassen sind und wie diese Organisation der Betriebsräte eine Ergänzung durch Vertreter der zentralen Gewerkschafts- und Parteileitungen erhalten muß. Es wird ja keine geben, die glauben, damit würde die Gefahr einer Sonderorganisation geschaffen, dadurch könnten die Gewerkschaften schließlich zu Filialen der Räte herabgedrückt werden. Es wird Leute geben, die abermals den Wappstein einer Spaltung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung an die Wand malen. Diese Kollegen übersehen, daß gerade die Zusammenfassung aller Betriebsräte der Metallindustrie unter Führung unserer Organisation eine ungeheure Stärkung für diese bringen würde. Ich glaube, wir haben alle Verantwortung, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und das bisher Versäumte nachzuholen.

Der Verlauf der sozialen Revolution, die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe seit dem Zusammenbruch vom November 1918 haben uns gezeigt, daß die politische und organisatorische Zerstückelung der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvoll wirkt. Soll das ein Dauerzustand bleiben oder durch Schaffung einer einheitlichen Kampffront beseitigt werden? Datum ist die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte eine Schicksalsfrage für die deutsche Revolution und damit für das deutsche werktätige Volk.

Der kapitalistische Profitwahnsinn

Die Ausgaben für den Lebensaufwand wachsen in das Unerträgliche. Nach den Ermittlungen des Professors Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes in Berlin, stellen sich die Kosten des Ernährungsbedarfs in Berlin im Monat April für ein Ehepaar auf 17,32 M pro Tag und auf das Jahr berechnet für Mann und Frau auf 6305 M; für eine Familie von fünf Köpfen auf mindestens 15 600 M. In dieser Summe fehlen noch die Ausgaben für Miete, für Wärme, für Kleidung, für Schuhe, für irgendwelche Gewürzmittel. Das ist keineswegs zu hoch berechnet, wenn man die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie nur für den notwendigen Lebensbedarf auf jährlich 20 000 M annimmt. Das wäre das Existenzminimum, das noch keinerlei Ausgaben für höhere Neuanschaffungen an Möbeln, Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhen usw. gestattet.

Nicht viel besser als in Berlin sind die Verhältnisse im ganzen Reich. Wo die Arbeiter durch ein wenig Landwirtschaft und das Halten von Kleinvieh einen Teil der Lebensmittel selbst produzieren können, mag dieses Bild etwas günstiger aussehen. Sonst hat die Exzerzierung aller Lebensbedürfnisse fast überall den gleichen Stand erreicht.

Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten bleiben jedoch hinter dem, was zur Befriedigung des alternativen Lebensbedarfs erforderlich ist, beträchtlich zurück. Im Mai hat eine neue Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, besonders des Brotes eingeleitet. Die Preise für Ledererzeugnisse sind wiederum in die Höhe gegangen, die Marmelade wurde dem freien Verkehr übergeben, so daß auch hierfür wesentliche Preissteigerungen zu erwarten sind.

Dieses Elend wird jetzt durch eine neue Plage vermehrt, durch eine ständig wachsende Arbeitslosigkeit. In einer großen Zahl von Industrien sind bereits erhebliche Arbeitsbeschränkungen vorgenommen worden, mehrere Gewerbe, wie die Schuhindustrie, wollen ihre Betriebe vollkommen stilllegen. Die Ursache davon ist der Rückgang der Preise für die im freien Handel befindlichen Rohstoffe. Durch die Verbesserung der deutschen Valuta im Auslande, die von etwa 4 v. H. im Februar auf etwa 10 v. H. des Nennwertes der Mark gestiegen ist, ist es möglich, Waren aus dem Auslande zu der Hälfte ihrer bisherigen Marktpreise einzuführen. Wenn wir einen freien Einfuhrhandel hätten, dann wären die Unternehmer gezwungen, die Preise für ihre Produkte der höheren Bewertung der Mark anzupassen, wir hätten also einen Preissturz für eine ganze Anzahl der wichtigsten Gegenstände des Lebensbedarfs, besonders für Schuhe, Kleidung, Wäsche usw. Davon ist vorläufig erst wenig zu hören. Nur die Preise für Schuhe sind etwas von ihrer wahren Höhe heruntergegangen, längst aber nicht soweit, daß die Verbesserung der Valuta voll zum Ausdruck käme.

Im Handel ist völlige Geschäftstillie eingetreten. Die Konsumenten, besonders die Kinderbewirtschafter, sind kaum in der Lage, die Ausgaben für die notwendigen Ernährungsbedürfnisse bestreiten zu können, sie müssen sich den Einkauf von Industrieerzeugnissen vollkommen verweigern. Die Kleinhändler geben keine Aufträge mehr, weil ihr Absatz nur noch gering ist und sie auf billigere Preise warten. Der Großhandel, der noch Lager von teuer eingekauften Waren hat, will die Preise nicht heruntersetzen. Man hält in diesen Kreisen die

Verbesserung der Valuta nur für eine vorübergehende Erscheinung und glaubt, daß die Preise bald wieder so hoch gehen werden, daß die alten Bestände doch mit gutem Profit veräußert werden können.

Ähnliche Erscheinungen sehen wir in der Industrie. Die Rohstoffe sind zum Teil zu hohen Preisen eingekauft worden. Soweit sie noch aus den billigeren Zeiten stammen, sind sie inzwischen aufgefressen worden. Die Unternehmer halten mit der Produktion zurück. Bestellungen werden soviel wie möglich zu annullieren gesucht und neue Abschüsse sind selbst zu billigeren Preisen nur schwer hereinzubekommen.

Welcher Wahnsinn! Die Masse des Volkes hat einen ungeheuren Bedarf an Erzeugnissen der Industrie. Millionen von Männern, Frauen und Kindern tragen seit Monaten kein Hemd auf dem Körper. Millionen sind kaum in der Lage, ihre Wäsche zu bedecken. In den Haushaltungen fehlt es an dem notwendigsten Gerät zur Führung eines menschenwürdigen Daseins. Wenn dieser Warenmangel der werktätigen Bevölkerung gestillt werden soll, müßte die Industrie auf Jahre hinaus mit Aufträgen überlastet sein. Nun besteht die Möglichkeit, daß infolge der Verbilligung der Preise die Bedürfnisse der Bevölkerung besser als bisher gedeckt werden können. Aber gerade das führt zum Stillstand der Produktion. Die Arbeiter werden auf die Straße gesetzt, der Warenmangel wird künstlich gesteigert.

Aber nicht genug damit. Immer lauter werden die Forderungen aus den Kreisen der Unternehmer, daß die Steigerung der Löhne beendet, ja daß jetzt schon an ihren Aufbau herangegangen werden müsse. Das Volkliche Telegraphenbüro verbreitete am 22. Mai folgende Kundgebung:

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschusssitzung am 20. Mai in eingehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre bringende Pflicht, den ersten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossene Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen.

Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute stockt überall der Absatz. Eine abnormale Steigerung der Gesteignungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeiter, bringen. Den Arbeitern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugegenommen nicht gebietet. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.

Diese Kundgebung der Unternehmer atmet eine Verlogenheit, die nicht mehr überboten werden kann. Die hohen Löhne sollen schuld sein an der Steigerung der Gesteignungskosten der deutschen Erzeugnisse, sollen schuld sein, daß die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise erreicht haben. Wir haben in der Nr. 20 unserer Zeitung nachgewiesen, daß die Unternehmer der Eisenindustrie die Verkaufspreise ihrer Erzeugnisse um über das 50fache der Friedenspreise erhöht haben, während die Preise für Rohprodukte und die sonstigen Gesteignungskosten sich nur um das 14fache erhöht haben und die Löhne und Gehälter der Arbeiter gar nur um das 4- bis 5fache stiegen. Was wir in der Eisenindustrie finden, das trifft auch mehr oder weniger auf die übrigen Industrien zu.

Das Vorgehen der Unternehmer entspricht einer wahnsinnigen Profitgier und muß eine weitere Verelendung der werktätigen Bevölkerung zur Folge haben. Die Arbeiterschaft muß eine weitere Erhöhung der Löhne fordern, damit sie vor der vollkommenen Verelendung bewahrt bleibt. Es ist geradezu ein Verbrechen, weitere Lohnaufbesserungen zu verhindern oder gar einen Abbau der Löhne vorzunehmen. Die Arbeiterschaft soll sich aber klar darüber sein, daß die verwerdlichen Ansprüche der Unternehmer auf die Erträge des werktätigen Volkes nur abwehren kann durch starke Organisationen, die auch willens sind, den Kampf aufzunehmen. Wäre die deutsche Arbeiterbewegung nicht zerstückelt in zahllosen Verbänden, die zum Teil den Klassenkampf sabotieren, würden Hand- und Kopfarbeiter teils in einer Kampforganisation, dann könnte sich dieser Unternehmerwahnsinn nicht so unbehindert ausbreiten.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Profitwirtschaft veranlaßt selbst Arbeiterzeitungen zum Nachdenken. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 352 vom 15. Mai) anlässlich einer Besprechung der deutschen Wirtschaftslage folgendes:

Es ist immer wieder die gleiche Paradoxie. Seit Kriegsende geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit durch ganz Europa, obgleich doch eigentlich nicht das ein Problem sein dürfte, woher die Menschen Arbeit nehmen sollen, sondern das Umgekehrte, nämlich, wo man Menschen genug finden sollte, das ungeschwehene Maß von Arbeit zu leisten, das nach der wahnsinnigen Güterverschwendung und Zerstörung des Krieges nötig ist. So steht es in der Welt. Und noch viel trauriger erscheint es bei uns. Immer wieder haben wir den Menschen gepredigt, daß nur Arbeit und Arbeit allein uns retten könne. Und es wurde erreicht, die Arbeitslosigkeit war überwunden, die deutschen Menschen fanden sich zurück auch zur Freude an nützlicher Tun. Soll man ihnen jetzt sagen, daß es nun keine Arbeit für sie gebe, während das ganze Volk und die Fremden an mehren schweren Mangel leiden, vielleicht gerade auch an solchen Waren, die die Feiern selbst nur zu gern hergestellt hätten? So wird es nicht gehen. Schon vor zwei Jahren, als Probleme wie die, vor denen wir jetzt stehen, in ganz ähnlicher Weise, wenn auch aus anderen Voraussetzungen heraus, für die Zeit nach Kriegsende vorausgesehen waren, haben wir mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß hier die auf der Initiative des privaten Unternehmers beruhende Wirtschaftsordnung ihre Feuerprobe zu bestehen haben wird. Denn das ist klar: die marxistische Lehre, daß nur die Beseitigung des Privatkapitalismus und seine Überführung in eine sozialistische Wirtschaft der Menschheit helfen könne, findet in solchen Krisenerscheinungen ihre beste Propaganda.“

Nur wer auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft steht — das Frankfurter Handelsblatt gehört allerdings zu diesen Kreisen — der wird die augenblickliche Krise als eine vorübergehende Erscheinung ansehen können. Das Proletariat, auf dessen Rücken das Kapital seine Profitgier ausstrahlt, das Proletariat, das unter den Runden der aus der kapitalistischen Wirtschaft ersickernden Kräfte zermalmt wird, darf jetzt keine dingelegere Pflicht kennen, als alle seine Kräfte einzusetzen in dem Kampfe für den Sozialismus. Die Lösung der Bedarfsinteressen von den Profitgierigen des Kapitalismus ist die Aufgabe des Tages. Solange dies nicht erreicht ist, wird das proletariats

Freie Arbeiter-Union (Syndikalistin)

Allgemeine Arbeiter-Union (A. A. F. U.)

Von Paul Saase. (Fortsetzung.)

Die Allgemeine Arbeiter-Union nennt sich die zweite die Zentralgewerkschaften bekämpfende Organisation. Als noch die Wogen der deutschen Revolution hochgingen, wurde schon beobachtet, daß in der Führung der deutschen Republik sich Bestrebungen bemerkbar machten, deren Ziel die Abdämmung der revolutionären Wogen war. Ein Wuturte ging durch die Reihen der organisierten Arbeiterschaft. Durch die Kriegspolitik der Inflation, die besonders lähmend und nachteilig auf die freien Gewerkschaften wirkte, waren die Arbeitermassen ja schon allerlei gewöhnt, aber die Politik während der Revolution überbot alles bis dahin Dagewesene. Als verantwortlich für die gegenrevolutionären Maßnahmen zeichneten verschiedene Führer der Gewerkschaften. So setzte ein entschlossener Kampf ein, um die das revolutionäre Proletariat schädigenden Führer zu befeitigen. Die Organisationen mußten dem Einfluss dieser Männer entzogen und dann auf den Boden des Klassenkampfes zurückgebracht werden. Der bedeutendere Teil der Arbeiterschaft entließ sich, den Kampf aufzunehmen und die Gewerkschaften von innen heraus zu revolutionisieren, die Verbände den veränderten Verhältnissen anpassen. Jene Kreise aber, denen die Entzweiung nicht schnell genug ging, die überdies noch die Aufrechterhaltung der Produktion Arbeit der Aufrüstung der großen Masse schenkte, predigten kurzweilig: „Geraus aus den Zentralgewerkschaften!“. Dies Verfahren war allerdings das leichtere.

Die widersprechenden und verlogenen Berichte über die Maßnahmen und Einrichtungen in Sowjetrußland trugen zur Steigerung der Verwirrung bei. Es wurde die Nachricht kolportiert, die Volkshewerkschaften, deren naturgetreue Kopie die Kommunisten versuchten, seien ausgeproben Feinde der Gewerkschaften. Für die Gewerkschaften sei in der Roterepublik überhaupt kein Platz mehr vorhanden, da sie überlebt und gar nicht in der Lage seien, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Wie unwahr diese Behauptung war, können wir jetzt, wo Klarheit über die Verhältnisse in Rußland herrscht, am besten beurteilen. Für die damalige Zeit erfüllte aber diese Hege ihren Zweck, die Verwirrung in den Reihen der Arbeiterschaft wurde größer. Das Hauptargument gegen die Zentralgewerkschaften waren die Führer, die Inflation, die Wirtschaftskrisen. So erklärte ein Kommunist, wir brauchen keine Führer, die Kommunisten haben bloß ihre Vorkämpfer. Dieser Mann fühlte sich selbst als der berufene Vorkämpfer, trotzdem sein Auftreten wenig vertrauenswürdig war. In den Vordergrund der Agitation wurde der Gedanke der Einheitsorganisation gestellt. Diese Forderung war das gerade Gegenteil der Anschauung der Syndikalistin. Die Erringung der politischen Macht war alles, habe man diese Macht in den Händen, so fiele man auch in der Lage, die Diktatur über die Macht haben in der Wirtschaft und Industrie auszuüben. Wieder bezieht man sich auf Rußland, wo das Proletariat mit Waffengewalt die nun einmal für die Produktion notwendigen Intelligenzen, wie Konstrukteure, Ingenieure, Techniker usw. zur Arbeit zwingt. Auch hier wissen wir jetzt, daß sich diese Vorkämpfer anders abgeköpft haben, als sie uns unter der damaligen Volkshewerkschaften vorgelegt wurden. Die Einheitsorganisation sollte der Fehler sein, der alle Gebiete beherrschen würde. Diesem krassem Durcheinander versuchte der Hamburger Kommunist Wolffheim mit seiner Schrift: „Betriebsorganisation oder Gewerkschaften?“ ein Hindernis zu verlegen. Aber das unsmältige Zeug hat er darin an den Tag gelegt. Er versteigt sich zu folgenden Äußerungen: „Die Aufrichtung der Nation bedeutet, daß die Bourgeoisie sich organisiert als herrschende Klasse und daß sie dafür sorgt, daß die besterhaltenen Massen entweder gänzlich isoliert bleiben oder daß sie sich eine Organisation schaffen, die nicht in der Lage ist, der Herrschaft der Bourgeoisie gefährlich zu werden.“

Wolffheim sieht in den Gewerkschaften Organisationen, die zum Schutz der Bourgeoisie geschaffen sind. Wenn wir auch zugeben, daß sich in den Gewerkschaften Tendenzen bemerkbar machen, die eine Verwischung der Klassenunterschiede zur Folge haben, so trägt die Form der Gewerkschaft als solche nicht die Schuld daran, sondern die Masse der Mitglieder, die sich eine derartige Politik gefallen lassen. Mit Freunden kann konstatiert werden, daß sich die Einheitsorganisation in den Massen durchdringt, die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zurückzubringen. Die Gewerkschaften aber von einem Wolffheim als Gebilde der Bourgeoisie bezeichnen zu lassen, ist ein faulches Stück. Mit gutem Willen kann behauptet werden, daß die Einheitsorganisation durch die Verwirrung, die sie unter dem Kampfen des Proletariats anrichtete, der Bourgeoisie mehr Dienste geleistet hat als die Gewerkschaften trotz ihrer Forderungen. Alle Register zieht Wolffheim, um vor den Gewerkschaften gänzlich zu machen. So behauptet er: „Man hat in der wirtschaftlichen Organisation das Proletariat daran gewöhnt oder es gezwungen, alle Entscheidungen einer kleinen Gruppe von Führern zu unterliegen und sich damit zu begnügen, mehr oder minder hohe Beiträge zu zahlen, damit diese kleine Zahl von Führern auch eine feste Gruppierung habe. Wenn man die gewerkschaftlichen Organisationen auch noch zu etwas anderem beizugehen, dann zu dem Zweck, den geistigen Druck, den Schule und Kasino täglich aufzubereiten hatten, in den Gewerkschaften auch auf diejenigen Arbeiter zu übertragen und in den Arbeitertagen zu verankern, die sonst auf revolutionäre Ideen hätten verfallen können... Die alten Gewerkschaften sind Führerorganisationen, Organisationen, in denen das Schwergewicht gewerkschaftlicher Tätigkeit bei den Führern lag, die verhandeln, nicht aber bei den Massen; denn sie wollten nicht, daß die Massen selbst Aktionen durchzuführen.“

Mit diesen Argumenten versucht er, die Gewerkschaften in Grund und Boden zu zerschlagen. Die Bewegung gegen die Gewerkschaften ging von den Kommunisten

norddeutscher Richtung aus. Die Zentrale der A. A. F. U. lehnte diesen Mummel ab, entscheidend für ihre Haltung mochte mit sein, daß sie über die tatsächlichen Verhältnisse in Rußland besser informiert war und somit von dem Wert einer wirtschaftlichen Kampfesorganisation zur Erringung der wirtschaftlichen Macht überzeugt war, nur müssen die Gewerkschaften sich den veränderten Verhältnissen anpassen und sich frei von allen Kompromissfeiern mit der Bourgeoisie machen.

Trotz der Abfälligkeit durch die Zentrale sprack der Gedanke der Zertrennung der Gewerkschaften weiter in verschiedenen Köpfen. Während auf der einen Seite in jähem Klagen versucht wurde, die Gewerkschaften in den Dienst der revolutionären Bewegung zu stellen, tobten auf der anderen Seite die Anhänger der Einheitsorganisation mit Wut und Schlagworten gegen die Gewerkschaften. Je halblöser ihre Behauptungen waren, um so lauter wurden sie in die Welt geschrien. Die sinnlose Brut über ihren Mißerfolg ließ sie die jenseitigsten Sprünge machen. So kam es, daß an verschiedenen Orten sie sich mit den Syndikalistin verschmolzen haben. Auch hierin liegt eine Erklärung für die Äußerungen des Düsseldorfener Vertreters auf dem Kongress der Syndikalistin, man dürfe den Verhältnissen nicht folgen, daß sie nun Syndikalistin seien. Die Dutzender hatten diese zwei vollständig verschiedenartigen Gebilde, in Latil und Tendenz hinwegweisend voneinander getrennt, zusammengeschluckt. Es war beabsichtigt zu sein, diese zwei Richtungen, die nichts gemeinsam haben als einen sinnlosen Haß gegen die freien Gewerkschaften, sich in halber Eintracht gegenseitig an den kampfproben Nusen zu drücken. Da hatte man schon alle Ursache, den unauflöslaren Anhängern die Zusammenhänge zu verschweigen, um ein Abschweifen zu verhüten. Bei der uneingeschränkten, wenig geschulten Massen spielte eben die Freie Union oder Allgemeine Union keine Rolle. Union war eben Union und die Wut gegen die konterrevolutionären Gewerkschaften die Hauptfache. Der wilde Haß fand seine kühlernde Bestriedigung.

Die Einheitsorganisation der Kommunisten tobte immer weiter, jeher, der es wagte, auch nur ein Wort gegen dieses Kreben zu sagen, wurde als Verräter in den Orkus geschleudert. So wurden sie immer weniger, aber um so raffinierter. Es führte zur Spaltung der A. A. F. U. Der sich auf diese Weise abgesonderte Flügel, die A. A. F. U., griff den Gedanken der Einheitsorganisation auf und machte diese Frage zum wesentlichen Bestandteil ihres Programms. Auf dem Gründungskongress der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands am 4. und 5. April 1920 in Berlin wurde die Stellungnahme zu den Gewerkschaften als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt. Der Meisten Namen werden da nicht genannt, weil es Wortschmerz gibt, die immer den Worten die Laten gegenüberstellen, was für verschleierte dieser Wortmacher oft sehr peinlich ist) führte dazu aus: „Die Partei (A. A. F. U.) kann die Gewerkschaften nicht anerkennen, da sie sich revolutionärer Provisorien bezieht. Die Gewerkschaften lehnen nicht nur den revolutionären Kampf ab, sie haben sich zu kapitalistischeren Einrichtungen ausgebaut, da sie wirtschaftliche Vorteile zu erlangen suchen. Die Union führt ihren Kampf nur in der unbedingten Unerschlichkeit gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft. Die Streiks werden durch das Dazwischenkommen der Gewerkschaftsbürokratie in ihrem Klassenkampfscharakter gestoppt. Die Lohnhöchsthilfe ist das fortgesetzte Waffensstillstandsabkommen mit dem Kapital. Als politische Klassenfrage, von getrennten politischen Organisationen gestellt, erscheint die Gewerkschaft. Darum heraus aus den Gewerkschaften und hinein in die Union! Die Allgemeine Union ist eine Kampfsorganisation, die die schaffenden Kräfte in einem für die sozialistische Gesellschaft brauchbaren Rahmen zu fassen hat. Sie steht im schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften, ohne es abzulehnen, sich an Lohnkämpfen zu beteiligen. Die Zeit der Gewerkschaft ist vorbei, die Zeit der Union ist gekommen.“ Das Wesen und die Aufgaben der revolutionären Betriebsorganisation (Allgemeine Arbeiter-Union) wurde in Verhältnis niedergelegt, deren hervorstechendes Merkmal der unbezähmbare Haß gegen die Gewerkschaften ist. Nachdem das Wesen der freien Gewerkschaften in einfacher Form durchgesprochen wird folgendes Schlußwort über sie gefällt: „Solche Gewerkschaften, die schon in normalen Zeiten ein Hindernis sind, das hinwegzuräumen notwendig ist, werden in dem Aufbruchtempo revolutionärer Massenbewegungen zum Saten des kommunistisch gerichteten Proletariats, der mit Feuer und Schwefel ausgebreitet werden muß. Rücksichtslos hinweg mit ihnen in einer Zeit, die den Kapitalismus im Lande und seinen Fronherren in der Fremde die Weiterregierung nur möglich macht, wenn diese doppelt und dreifach das arbeitende Volk ausprellen können. Eine Revolutionierung dieser Gewerkschaften ist unmöglich, sie würde unendliche Zeit erfordern und dadurch wird die revolutionäre Situation verpaid. Hier ist eine Eifenbahn notwendig.“ So, nun wissen wir Gewerkschaften, daß wir alleamt Trödel sind, wir haben ja den großen konterrevolutionären Geist noch nicht erjakt. Das Heil der Menschheit kommt von der Union und nur über die Leiche der Gewerkschaften führt der Weg zu den goldenen Freiheitshöhen.

Die Form der Organisation der Union ist die Betriebsorganisation. Die Anhänger in einem Betrieb schließen sich in der Union zusammen, an deren Spitze die Betriebsräte stehen. Die Union löst ihre Aufgaben in engen Zusammenhängen mit der A. A. F. U. Die Zusammenhänge in den Betrieben werden zur betriebsräte Waffe der Partei. Der Betrieb wird der Nährboden für die Partei. Die Aufgabe der Allgemeinen Union ist eine zweifache. Die erste besteht darin, die Gewerkschaften zu zertrennen, ihren gesamten Untergrund sowie ihren unproletarischen Gedankenkomplex zu befeitigen. Darum ist die Bedingung für den Eintritt in die A. A. F. U. und Union die Bekämpfung zur Diktatur des Proletariats, die erwünschte Abwendung von den Gewerkschaften und die vollständige Befähigung von ihrer Gedankenrichtung. Über die Bekämpfung der Gewerkschaften empfehlen die Richtlinien folgende Methode: „Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Ausslösen und politische

Ausrichtung von Massenstreiks, fuhend auf der jeweiligen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftskreuz demaskieren, und vernichten helfen.“ In der Praxis sieht es dann so aus, was wir auch schon verschiedentlich beobachtet konnten, daß die Unionisten die Betriebschaft eines Betriebes aufspalten, unbekümmert darum, ob die Situation günstig ist oder die Fortführung von Streiks überhaupt noch Aussicht auf Erfolg hat. Werden dann die Massen im Ausscharen im Streik schwanken, so müssen die Gewerkschaften eingreifen und versuchen, das Ding wieder einzuzämen. Hier setzt dann die Agitation der Unionisten ein, es wird gezeugt über das Abbremsen, über den Verrat und andere niedere, schöne Dinge. Der Erfolg ist dann, die Betriebsorganisation gewinnt einige Mitglieder. Diese Wänder gefingt solange, als die Union eine kleine Minderheit in dem Betrieb darstellt. Hat sie eine höhere Macht und muß somit eine größere Verantwortung tragen, dann sieht es ganz anders aus. So geschieht es auf Hamburger Werften, wo die Unionisten einen großen Teil Anhänger gewonnen haben, daß 60 bis 80 Stunden pro Woche gearbeitet wird. Dort ist alle revolutionäre Phrasen beseitigt, da werden noch durch Absenden dem Kapitalisten große Summen in den Taschen gefchani, da bringen sie nicht den Mut zu einer Abwehraktion auf, was ihre Pflicht wäre, schon mit Rücksicht auf die auf der Straße liegenden Arbeitslosen. Die Ursache liegt allerdings in ihrer Mittellosigkeit. Diese Abwehraktion kann ja Bewerbungen bringen, kann Opfer fordern, und dann ist es aus mit der Getzlichkeit. Warum sich also in Gefahren begeben, wenn man so sehr viel Geld verdienen kann? Die Arbeitslosen mögen zusehen, wo sie bleiben. Wenn sie darüber murren sollten, dann bringen einige faulstidie Phrasen die Sache schon wieder in Ordnung. Unentwegt ist man doch immer.

Das zweite große Ziel der Union ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeht wird.

Mit großen Worten ist bei der ganzen Aufmachung nicht gespart. Bei diesem revolutionären Programm kommen die Unternehmer am besten weg. Sie sind für die Unionisten Lust, sind gar nicht vorhanden. Mögen sie ihre Macht festhalten, die Massen in Fesseln schlagen, daß sie sich nicht mehr rühren können — den Unionisten läßt dies tall, er hat alle Hände voll zu tun, die Gewerkschaften zu zertrennen. Ist es geschehen, so hat er sein Ziel erreicht. Wolffheim und Lauffenberg werden inzwischen schon etwas Neues entdeckt haben, was geschmeidert und zertrennt werden muß. Der Kapitalist und die Reaktionsäre freuen sich im stillen ob der überaus wertvollen Mitarbeit an der Errichtung und Festigung ihrer Macht. Bis die Union all das zerfchlagen hat, was der Errichtung ihres unerschulichen Kommunismus hindernd im Wege steht, wird sich die Kapitalistenklasse soweit sammelt und ihre Macht auch neue gefestigt haben, daß sie dem Ansturm der unentwegten Anarchisanten getrosten Mutes entgegensehen kann. Der Ansturm wird zerfchellen, kein Winkelzick wird eine Speere mehr, die in die Brust gestekt werden können.

Auch diese Organisation ist zu einem unbrauchbaren Efferentium verurteilt. Mit Phrasen und Reden kommt die Arbeiterklasse nicht vorwärts, dazu bedarf es realer Machtmittel und Sicherungen. Was nicht es, wenn die beste Schär im Kampfe steht und in kurzer Zeit zwingt der allmächtige Feind, der Hunger, die Massen zur Streckung der Waffen? Wir können nicht einen Kampf gegen Windmühlensigel aufführen, die Verhältnisse müssen genommen werden, wie sie nun einmal sind, ganz gleich, ob sie uns in den Strom passen oder nicht.

Die freien Gewerkschaften sehen in den Unionisten eine Gefahr für ihre Kampfe. Das Loben der Union und das Belobten einiger Mitglieder läßt sie vollständig kalt, wie sehen vielmehr darin einen Reinigungsprozeß, der Klarheit schaffen wird. Wir erreichen dadurch, daß die Entscheidungen in den Reihen der Gewerkschaften getragen sind von einem einheitlichen Kampfes- und Giegewillen; haben wir doch oft beobachten müssen, daß Kollegen vorhanden waren, deren Kritik und Anträge nur darauf hinausliefen, den Führern und Vertrauensleuten möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten, um dann nach dem Konzept der Union die Agitation für diese betreiben zu können. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Klarheit. Wir haben die Pflicht, die Kollegen aufzuklären über das Treiben dieses Gasardeure. Sie spielen Gasard, sie sehen alles auf ihre letzte Karte, die revolutionäre Phrasen, sie können nicht das Wohl der Arbeiterklasse, sie haben es nicht nötig, mit den tatsächlichen Machtverhältnissen zu rechnen. Nur hinein mit dem Maul in den revolutionären Kampf, geht es schief, dann verschwinden die Wortführer und die enttäuschten Anhänger wandern ab in das Meer der Indifferenten und Launen. Mit Idealismus allein werden keine Siege errungen, es muß auch Verstand und Überlegung dabei mit vermerdet werden. Idealismus stärkt den Mut zum Kampf, festigt den Willen zum Siege, Idealismus allein rettet aber nicht vor Hunger und der damit zusammenhängenden Niederlage der kampfenben Arbeitermassen. Die Kämpfe mit dem lozialierten Unternehmertum werden langwieriger und können nur mit den größten finanziellen Opfern geführt werden. Wir sehen diese Gefahren in ihrer ganzen Größe vor uns und verstehen nicht, daß Proletariat es fertig bringen, im Angesicht des Feindes die wirtschaftliche Kampfesfront des Proletariats zu zerreiben. Wir fürchten die Unionisten nicht, wir müssen ihnen aber sagen, daß wir in ihnen Proletariat sehen, die von ihrem Schicksal schon im voraus bei wirtschaftlichen Kämpfen zum Streitbrecher bestimmt sind. Wenn wir dies ansprechen, so berechtigt uns dazu die Erfahrung, die wir schon mit den Unionisten gemacht haben. Darum Aufklärung in die Köpfe, dann wird die unfruchtbar Phrasen keinen Boden mehr finden. Nur in der Selbstlosigkeit und dem klaren Kampfeswillen liegt die Macht des deutschen Proletariats.

(Fortsetzung folgt.)

Die Grundzüge moderner Fabrikorganisation

Von Richard Döhning. (Fortsetzung.)

III. Die Fabrikorganisation im engeren Sinne.

Die Fabrikorganisation im engeren Sinne bezieht sich auf die Maßnahmen, die der Erringung des Produktionszweckes dienen. Sie ist also im engeren Sinne die Organisation der Betriebsabteilung. Wenn man sich die im vorigen Artikel behandelte Grundabteilung gegenüber stellt, so wird man jetzt ungehört aufstehen können, in welches Organisationsgebiet eine Fabrikorganisation gehört. Hierbei geht es, was durch die Gestaltung des Erzeugnisses selbst an Maßnahmen erforderlich wird. Der Inhalt dieser Fabrikorganisation ist mit der Ausbildung der Geschäftsabteilung und der zugehörigen Fabrikationsweise eng verbunden. Während man sich früher darauf beschränkte, der Werkstatt einen Fabrikationsumfang eines bestimmten Grades zu geben, ist jetzt man heute die Art und Reihenfolge der Bearbeitung in der Werkstatt, die Fabrikationsweise, die Methoden, die Verfahren usw. von vornherein fest. Man ist in die Fabrikationsweise bestimmter Prinzipien eingetreten, die unmittelbar durch Regeln in feste Form gegossen sind. Die Arbeiter haben sich an diese organisatorischen Gebiete und nach dem legalistischen Zusammenhang angeschlossen und als legalistische Fabrikorganisation, während die Fabrikation durch die Fabrikationsweise, die er im Hinblick auf seine Unterordnung über den Arbeitstages fest anordnet, sich die Fabrikation ergeben.

Grundsätzlich der Betriebsabteilung ist hier zu bemerken, daß sie in der Aufgabe der Betriebsabteilung besteht. Sie dient nicht der Ermittlung von Gewinnen, sondern der Festlegung, ob Aufwand und Erfolg sich ausgeglichen. Dieses über juristischen Umfangs erforderte die Fabrikorganisation.

In einfachen Betrieben sind die Betriebe meistens große organisierte Unterabteilungen, die abgehängt von dem Grund der Fabrikationsweise abhängen, den der Art der Fabrikation und der Fabrikationsweise. Es gibt aber gemeinsame Prinzipien, die mehr oder weniger überall eintreten und die es zu erkennen gibt.

Das erste Prinzip ist die Festlegung der Reihenfolge der Fabrikation, der Reihenfolge der Fabrikation. Man hat die Fabrikation

wird man auch hier kommen, wenn man die Größe stark zwischen Geschäfts- und Betriebsabteilung zieht.

Hier ist zunächst die Bedeutung des Auftrages zu erklären. Als Auftrag bezeichnet man im gewöhnlichen Leben die Kundenbestellung. Diese ist aber nicht identisch mit dem Gebrauch der Bezeichnung Auftrag im inneren Betriebe. Darum ist es praktisch, diesen Ausdruck hier zu vermeiden und stets Bestellung zu sagen. Mit dem Wort Bestellung ist die Beziehung der geschäftlichen Abteilung zum Kunden angedeutet. Als Auftrag dagegen bezeichnen wir alle Anweisungen, die von den bestugten Stellen an die Betriebsabteilung ergehen. So geht auch die Kundenbestellung nicht unmittelbar (organisationsmäßig) an den Betrieb, sondern für ihn wird sie erst maßgeblich in Form eines Auftrages. Dies sei kurz an dem besonders handlungsreichen Beispiel der Serienfertigung erläutert. Die Aufträge auf Bestellung von Serien gehen von der Geschäftsabteilung an den Betrieb. Die jeweiligen Fabrikate gehen in das Warenlager. Wenn Eingang einer Kundenbestellung wird — im Normalfall — das Fabrikat vom Lager übernommen. Die Kundenbestellung selbst kommt in die Betriebsabteilung höchstens zu Informationszwecken, nicht als Befehlsübermittlung.

Die Betriebsabteilung zerfällt in drei Hauptbereiche: 1. die Betriebsabteilung, welche die Leistung inne hat und die Auftragsbewältigung, 2. die Zentrale, welche der Vorbereitung der Auftragsausführung dienen, 3. die Revisionsstelle, deren die Ausführung selbst zerfällt. Hier interessieren uns nur 2. und 3.

Wenden wir uns zunächst der Vorbereitung der Auftragsausführung zu und schauen wir der Einfachheit halber im weiteren Verlauf der Darstellung einen Serienauftrag als Beispiel. Diesen bezeichnet man in der Praxis gewöhnlich als Lager- oder Warenauftrag, weil die fertigen Erzeugnisse bei ordnungsmäßigem Verlauf auf Lager oder Waren kommen. Ein Auftrag findet man auch den Ausdruck Dreieck. Der Auftrag geht zunächst an das technische Büro. Hier wird in der Konstruktionsabteilung die Konstruktion vorgenommen. Man unterrichtet die Konstrukteure, welche den Gesamtapparat konstruieren, die Konstruktoren, denen die Durchbearbeitung der einzelnen Teile zerfällt, und die mehr mechanische Arbeiten ausführenden Arbeiter.

Das es sich um kompliziertere Apparate handelt, werden in einer weiteren Unterabteilung des technischen Büros, der Stützabteilung,

abteilung, die Stützabteilung hergestellt. Die Stützabteilung sind das wichtigste Bindeglied zwischen dem technischen Büro und der Werkstatt. Sie übermitteln die Resultate der Konstruktionsarbeit in einer besonderen Form, aus der genau ersichtlich ist, was in ganzen und im einzelnen ausgeführt werden soll. Die Stützabteilung gibt für sämtliche Teile, welche zur Ausführung des Gesamtauftrages erforderlich sind, alle Auskünfte, die dem Erstellen des dem Konstrukteur voranschreibenden Willens erforderlich sind.

Da die Stützabteilung gewöhnlich in mehrfacher Ausfertigung gebraucht werden, werden sie vervielfältigt. Für diesen Zweck ist häufig eine Lichtausgabe bestimmt, wo durch Verlichtung der Originalpläne und chemische Zubereitung des zur Aufnahme der Paufen bestimmenden Papiers die sogenannten Schlaupausen entstehen, die statt des Originals Verwendung finden.

Damit die Stützabteilung gleichzeitig für Betrieb und Büro Verwendung finden können, werden sie häufig für die verschiedenen Verwendungszwecke mit Formularen verknüpft, die ihren Inhalt ergänzen.

Das erste, wofür nach Ergehen eines Auftrages Sorge zu tragen ist, ist die Beschaffung des Materials, das in der Fabrikation erforderlich ist. Die Beschaffung dieses Materials liegt dem Bestellerbüro ob. Es hat im Normalfall nur Bestellungen auf Rohstoffe oder Halbfabrikate bei eigenen Abteilungen, Lagern oder Zwischenlagern zu machen hat. Nur in Ausnahmefällen ist das für einen Fabrikationsauftrag erforderliche Material nicht vorhanden, so daß teils der Geschäftsabteilung auf Veranlassung des Bestellerbüros erst nach der Einkaufsvornahme ist, der aber nicht in die Tätigkeit der Betriebsabteilung fällt.

In diesem Stadium entsteht auch die Arbeitsbegleitkarte. Sie hat die Aufgabe, das Rohstück vom dem Augenblick seines Eintretens in den Betrieb, das gewöhnlich im Güterlager erfolgt, bis zur Fertigstellung und dem Ausgehen des Einzelstückes in der Gesamtmontage bei der Montage zu begleiten. Auf diese Weise werden die im Betriebe befindlichen Arbeitsstücke in jeder Phase ihres Werdens identifiziert, und es ist deshalb strenges Gebot, daß ein Stück oder eine Serie von Teilen niemals ohne die dazu gehörige Arbeitsbegleitkarte weitergegeben wird.

Das Laboratorium legt die Reihenfolge der Operationen fest, die an dem einzelnen Teil erforderlich sind. Seine Tätigkeit zielt im Gegenfall zu der des technischen Büros, welches das Was der Aus-

Der Dank vom Hause Ebert!

Als in der Nacht vom 12. zum 13. März der Rufensound des Herrn Koste, General Völkow seine Truppen schwer bewaffnet nach Berlin marschieren ließ, um die Regierung Ebert-Bauer-Nosse zu stützen, da suchte die Regierung in ihrer Angst um Amt und Würden Hilfe bei der Arbeiterchaft. Sie forderte den Generallstreik! Diese Forderung wurde unterstützt durch den Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und durch die politischen Parteien, soweit sie als Arbeiterparteien in Frage kamen. Die deutsche Arbeiterchaft trat in den Generallstreik und kämpfte die monarchisch-militärische Gegenrevolution nieder. Wir wollen hier nicht auf den Verlauf und die Erscheinungen des Generallstreiks eingehen, sondern nur die Tatsache festhalten, daß die Regierung die Arbeiterchaft zum Generallstreik aufgerufen hat und daß durch den Kampf der Arbeiter Deutschland von einer direkten militärisch-monarchischen Gewaltherrschaft befreit wurde. Indirekt wird das deutsche Volk heute mehr denn je von dieser Gesellschaft drangsaliert.

Nachdem der Generallstreik beendet war, wurde die Frage aufgeworfen, wer den Arbeitern den Verlust an Lohn für die Streikzeit ersetzen sollte. Daß die Gewerkschaften diese Lasten nicht tragen können, wurde allgemein anerkannt. Der Arbeitsminister Schöler empfahl den Unternehmern als den wirtschaftlich Stärkeren, die Streikzeit zu bezahlen. Nur wenige Unternehmer sind dieser Mahnung gefolgt. Aber auch die Reichs- und Staatsbehörden weigern sich, den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern die Streikzeit zu bezahlen. Zweifellos hat die Regierung die moralische Verpflichtung, den Arbeitern die durch den Generallstreik erlittenen Verluste zu ersetzen bzw. geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die Verluste ersetzt werden. Weigern sich die Unternehmer, die Lasten zu tragen, dann müssen sie durch geeignete Maßnahmen dazu gezwungen werden. Unternehmer, die wirtschaftlich nicht so gestellt sind, daß sie die Bezahlung der Streikzeit übernehmen können, müssen dafür den Nachweis erbringen; in diesem Falle hat der Staat die Lasten zu tragen.

Der Reichsrat hat sich in einer seiner letzten Sitzungen mit einer Vorlage beschäftigt, die die Entschädigung der Arbeiter für Verluste an Arbeitslohn aus Anlaß des Generallstreiks betrifft. Der Berichterstatter führte aus, daß durch diese Verordnung eine Entschädigungspflicht der Unternehmer für Verluste, die ihre Arbeiter an ihrem Arbeitslohn während des Generallstreiks erlitten haben, zwangsweise eingeführt werden soll. Die Unternehmer sollen verpflichtet sein, eine Entschädigung mit ihren Arbeitern zu vereinbaren; kommt hierbei keine Einigung zustande, so ist die Regelung der Frage einem Schlichtungsausschuß zu überweisen, der, wenn auch hierbei keine Einigung zustande kommt, bindende Entscheidungen trifft.

Der Ausschuß der Nationalversammlung hatte vorher zu dieser Verordnung Stellung genommen und sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Materie nicht in der vereinfachten Form der Gesetzgebung — im Verordnungswege — erledigt werden könne. Er lehnte deshalb die Verordnung ab. Es handelt sich hier um denselben Ausschuß, dessen Treiben wir in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 20 unter der Überschrift "Ein neuer Weltbetrug" beleuchtet haben. Dieser Ausschuß trägt keine Bedenken und erklärt sich für zuständig, wenn es gilt, die ganze Eisenwirtschaft der Schwerindustrie auszuküffeln; hier handelt es sich ja um Förderung des kapitalistischen Profits, um Ausweitung der breiten Volksmasse. Aber wenn es einmal gilt, den Arbeitern die Last zu erleichtern, wenn es gilt, eine moralische Pflicht gegenüber der Arbeiterchaft zu erfüllen, dann werden Kompetenzbehörden geltend gemacht. Nichts kennzeichnet besser das gegenwärtige "demokratische" System als dieses Verhalten des Ausschusses.

Der Reichsrat hat gleichfalls die Verordnung abgelehnt. Damit ist eine gesetzliche Regelung dieser strittigen Frage unmöglich gemacht. Die Arbeiter haben gekämpft, haben dafür gesorgt, daß die Regierung wieder zu Amt und Würden kam, haben die durch die Kapp-Völkow aufgeschüttelten Nationalversammlung die Lebensmöglichkeit wiedergegeben, nun können sie sehen, wo sie die Entschädigung für ihren Verlust an Arbeitslohn erheben können. Die Unternehmer zahlen nichts, im Gegenteil, sie lehnen alle berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft ab. Ihnen scheint die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter das brauchbare Mittel zur Aufrechterhaltung und Stärkung ihrer Klassenherrschaft. Die Regierung legt dabei eine ganz erbärmliche Haltung an den Tag. Dokumentarisch steht fest, daß sie die Arbeiterchaft zum Generallstreik aufgerufen hat. In der Sitzung des Reichsrats ließ sie erklären, daß eine solche Aufforderung von ihr nicht ergangen sei. Diese verlogenere Haltung kann letzten Endes nicht mehr überboten werden. Die Arbeiterchaft sollte darauf bestehen, daß bei kommenden Wahlen ein gleiches Spiel zu ermöglichen und zur Sicherung des kapitalistischen Systems beizutragen. Das Ziel kommender Kämpfe muß sein: Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat! Das ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus!

Straf-Strafliche Moral mit doppeltem Boden

In der Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung brachten wir einen kleinen Artikel mit der Überschrift: "Wahltag ist Wahltag". In diesem Artikel wiesen wir nach, daß der S.-D. Gewerksverein keine Grundzüge hat oder doch nur solche mit doppeltem Boden. Ihre Führer sind Mitglieder schwerkapitalistischer Parteien. Sie müssen auf der einen Seite die Interessen des Kapitals wahren und auf der anderen Seite durch eine widerliche Scheuerei den Mitgliedern der S.-D. Gewerksvereine die Vernehmung von Arbeiterinteressen vorkaufsigen. Wir verpfeien dabei

Wahrung möglichst eindeutig bestimmt, auf das Wie der Ausführung. Der Grad, in welchem die Ausführung bestirnt ist, kann sehr verschieden sein und ist besonders weitgehend bei Taylor bestimmt.

Der Feststellung der Arbeitslöhne dient das Kalkulationszettelbuch. Wichtig ist das Terminbuch. Als Termine werden die Zeiten bezeichnet, zu denen Gesamtaufträge oder Teile von ihnen fertig sind oder fertig sein sollen. Häufig wird nur eine Lieferzeit für den Gesamtauftrag bestimmt, während im einzelnen nur der Zeitpunkt, wann die Leistungen der einzelnen Werkstätten erledigt sind. Ein Eingreifen des Terminbuches erfolgt dann nur bei offenkundiger Rückständigkeit.

Somit sind die wichtigsten Stufen genannt, die wohl überall vorkommen. Hierzu kommen häufig noch andere.

Wenn wir nun die Ausführung selbst betrachten, so ist zu bemerken, daß sie sich eng anschließt an das Stadium der Vorbereitung und daß daher auch die dort angelegten Formulare zum großen Teil auch in der Werkstatt gebraucht werden und diese durchlaufen. Ferner haben wir bei vielen Fabrikationsabteilungen zu unterscheiden die Teilbearbeitung und die Montage. Der gleiche Teil wird häufig durch die sogenannten Operationen mehrfach bearbeitet. Dies findet in den einzelnen Werkstätten statt, denen je ein Meister vorsteht. Die überaus mannigfaltigen Aufgaben dieser Meister sind in moderneren Betrieben häufig in der Weise getrennt, daß einzelne Funktionen dem Werkstattmeister abgenommen und je einem besonderen Meister, der seine Funktion gewöhnlich dann für eine Gruppe von Werkstätten ausübt, übertragen werden.

Dem Meister geht die Arbeit an den Arbeiter, dem die eigentliche unmittelbare Ausführung obliegt, von hier aus nach jeder Operation an die Werkstoffe, die die ordnungsmäßige Ausführung prüft, und nach eventuell erforderlichen Zwischenlagerungen an das Lager fertiger Teile. Sind alle Teile dort bereit, so kann die Montage beginnen, die organisatorisch nichts Neues aufweist. Mit ihrer Beendigung ist auch die Tätigkeit der Betriebsabteilung und damit auch unsere Darstellung der Fabrikorganisation im engeren Sinne erledigt. Ausführlicher sind diese Dinge dargestellt in meinem Buche: "Die Organisation des modernen Fabrikbetriebes", das im Buchverlag Rätebund, Berlin, erschienen ist.

(Fortsetzung folgt)

auf einen Artikel des Herrn Erlebez, im "Berliner Börsen-Courier", durch den der Abbau des Achtstundentages vorbereitet wurde.

Der "Regulator" kommt in seiner Nr. 17 vom 23. April auf unsere Feststellung zurück und behauptet unter der Überschrift: "Der Müller der Mühe", daß unsere Feststellung eine bewusste Unwahrheit sei. Der "Regulator" beruft sich dabei auf einen Mann, den Herrn Erlebez für sein "mannhaftes Eintreten für den Achtstundentag" durch eine Zuschrift herzlich dankte. Hier hat der "Regulator" einmal selbst den Beweis geliefert für die doppelte Moral, auf die Herr Erlebez seine Tätigkeit aufbaut und die den S.-D. Gewerksvereinen als Grundlage dient.

Herr Erlebez ist Mitglied der schwerkapitalistischen demokratischen Partei. Er steht mit dem Großindustriellen Friedrich v. Siemens und anderen als Kandidat zum Reichstag auf deren Liste. Diese schwerindustriellen würden niemanden in ihren Reihen dulden, der nicht ihre Interessen vertritt. Befanlich lassen sich die Interessen eines Unternehmers nicht vereinbaren mit den Interessen der Arbeiter. Die Ausbeuter und Ausgebeuteten stehen einander in unerbittlichem Klassenkampf gegenüber. Herr Erlebez muß also die Interessen seiner kapitalistischen Freunde und Auftraggeber vertreten, desgleichen auch die Interessen der Mitglieder der S.-D. Gewerksvereine. Wie macht er das? Er schreibt einen Artikel über den Achtstundentag. Er schreibt ihn so, daß der schwerkapitalistische "Berliner Börsen-Courier" ganz entzückt diesen Artikel als sehr wertvoll ansieht, weil dieser "weltlich bekannte Arbeiterführer" nach seiner Meinung für den Abbau des Achtstundentages eintritt. Und er schreibt den Artikel so, daß der "braue Mann" in ihm ein "mannhaftes Eintreten für den Achtstundentag" erblickt. Gültig ist ein glänzender Beweis für die doppelte Moral der Führer der S.-D. Gewerksvereine. Am Anfang des Artikels tritt man für den Achtstundentag ein. Dieser Teil ist für die Arbeiter bestimmt, und am Ende bereitet man den Abbau des Achtstundentages vor, dieser Teil ist für die kapitalistischen Freunde bestimmt. Wir überlassen jedem denkenden Arbeiter das Urteil.

Es ist wirklich ein Beweis für den geistigen Tiefstand jener Arbeiter, die als Mitglieder der S.-D. Gewerksvereine dieses verlogene Treiben dulden und ermöglichen. Hier gibt es nur eines: Heraus aus den S.-D. Gewerksvereinen, hinein in eine Organisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht!

Jetzt im Wahlkampf zeigt die Partei des Herrn Erlebez ihr wahres Gesicht. Die Flugblätter, die die demokratische Partei für die Stadtbevölkerung und die Arbeiter und Beamten herausgibt, sind wesentlich anders gehalten als jene Flugblätter, die auf dem Lande verbreitet werden. In dem Wahlaufsatz der Partei des Herrn Erlebez an das deutsche Landvolk wird gefordert: "Räuber Abbau der Zwangswirtschaft, Festhalten am Privateigentum, Abbau der Arbeitslosenunterstützung und härteste Ablehnung aller Sozialisierungsbestrebungen. Wären die S.-D. Gewerksvereine Arbeiterorganisationen, die wahrhaft für die Interessen des werktätigen Volkes eintreten, dann müßten sie einen Führer, der solche Forderungen vertritt, davonsagen. Aber Gewerksvereine und Führer sind hier so eng verbunden, daß nur die Verrücktheit beider im Interesse der Arbeiterchaft liegt. Und wenn die Partei des Herrn Erlebez mit der rechtssozialistischen Partei eine Koalitionspolitik getrieben hat, so wissen wir heute auch warum. Herr Nusske, ein Wulfensfreund des Herrn Erlebez, begründet diese Koalitionspolitik, indem er behauptet, damit habe die demokratische Partei einen Keil in die Front des revolutionären Sozialismus getrieben. Das trifft nicht nur auf politischem Gebiete zu, sondern auch auf wirtschaftlichem. Was die Herren Erlebez und Genossen als Mitglieder der demokratischen Partei auf politischem Gebiete tun, das tun sie als Führer der S.-D. Gewerksvereine auf wirtschaftlichem. Darum nochmals: Heraus aus den Gewerksvereinen!

Die gekaufte Macht

In den demokratisch regierten Ländern ist die Presse die wichtigste Stütze der herrschenden Mächte. In der "vollendeten und freiesten" demokratischen Republik Deutschland tritt dies ganz besonders in der Erscheinung. Kein Wunder also, wenn die Kapitalistenklasse diese Macht für sich in Anspruch nimmt. Der Schwerindustrielle Stinnes kauft die Zeitungen auf, seinen Kriegs- und Walfatzen kann er ja gar nicht besser an den Mann bringen. Hat er die Zeitung gekauft, dann bekommt er für sein Geld noch die Zintenküßel und Prellplanken und dann geht der Sturm los aufs deutsche Volk. Eine stinkende Schlammflut von Lügen und Verleumdungen gegen die Arbeiterpartei wälzt sich durchs Land. Das Streben des deutschen Proletariats nach dem Sozialismus, nach einer gerechten Gesellschaftsordnung, in der freie, glückliche Menschen in Frieden miteinander wohnen, wird in häßlicher, gemeiner Weise heruntergerissen und besudelt. Durch Lügennachrichten wird in die Reihen des Proletariats Verwirrung getragen. Alles zugunsten des Geldhabs und der Schlotzröhren mit ihrem ganzen gekauften Klattenkranz von Jammerseelen aller Couleur. Auf der anderen Seite steht das um sein Recht und seine Freiheit kämpfende Proletariat. Die Presse der sozialistischen Parteien wird systematisch zugrunde gerichtet. Die Presse für Papier sind zu einer wahnsinnigen Höhe angestiegen. Diese Steigerung ist von der reaktionären Sippschaft gefördert worden, und der Arbeiterklasse die Waffe aus der Hand zu schlagen. Daß dies gründlich geschieht, dafür sorgt eine von der Kapitalistenklasse abhängige Regierung durch Zensur, Zensur und Verlagerungszustand. Diesen ungleichen Kampf befehlet man dann mit dem überaus wohlklingenden Wort — Demokratie.

Stinnes und andere Schwerindustrielle kaufen ganze Zeitungen auf, um sie ihren Geldsackinteressen dienstbar zu machen. Nach Verichten der Tageszeitungen soll der Stinneskongern allein 64 Zeitungen und Zeitchriften unter seine Fittiche gebracht haben. Selbst bürgerliche Blätter, wie die Wostische Zeitung, das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung erheben den härtesten Protest gegen den Ankauf der öffentlichen Meinung. Die wirtschaftliche Not der Zeitungen begünstigt naturgemäß dieses Treiben. Andere Unternehmerverbände versuchen ihr Glück mit einer systematischen Bearbeitung der Presse zu erreichen. Der "Eisen- und Stahlwaren-Industrieclub", Sitz Ebersfeld, hat zu diesem Zweck sich ein eigenes Presseorgan geschaffen. Die Aufgabe dieses Organes geht aus einem "vertraulichen, äußerst wichtigen" Rundschreiben hervor, welches ein günstiger Wind auf den Redaktionsstisch wehte. Dieser Einrichtungs ist ein Herr Hugo Werten, Redakteur aus Leipzig. Dieser Organ soll die Presse mit Artikeln und Notizen im Sinne der Unternehmer versorgen und dadurch die Öffentlichkeit und Leserschaft über unberechtigte Forderungen, die an die Unternehmer gestellt würden, aufklären. Freilich Vorstellungen soll er bekämpfen. Das Presseorgan soll fernhin das Vertrauen der Presse auch durch persönlichen Verkehr soweit zu gewinnen suchen, daß diese das Organ des Bundes als Informationsquelle benutzt. Schade ist nur, daß das Schreiben keinerlei Angaben darüber enthält, was sich der Industrieclub "das durch persönlichen Verkehr erworbene Vertrauen" kosten lassen will. Aber wir können beruhigt sein, wobei wird sich der Geldsack schon zeigen. Das Rundschreiben ersucht, folgendes umgehend zu beantworten:

1. in welchen Organen der Tages- und Fachpresse sie die Mitteilungen des Presseorgans veröffentlichen sehen möchten;
 2. auf welche Organe der Tages- und Fachpresse jedes einzelne Mitglied persönlichen Einfluß hat oder an welchen Organen der Tages- und Fachpresse die einzelnen Mitglieder Verleger oder leitende Redakteure persönlich kennen;
 3. welche Organe der Tages- und Fachpresse die einzelnen Mitglieder als ständige Angelegenheitsgeber benutzen.
- Daß die Unternehmer mit ihrem Versehen selbst bei Arbeiterblättern Glück haben, beweist ja die gelbe, wirtschaftsfreudliche Deutsche Arbeiter-Zeitung in Essen, die in ihren Heftampullen Angebote der Aktiengesellschaft "Ganomag", Hannover auf zweifache Lokomotiven der Firma Daniel & Lueg, Düsseldorf auf Hydrazin-

ische Pressen bringt. Was die Arbeiter mit diesen Lokomotiven und Pressen anfangen sollen, ist unerträglich, aber, eine Hand wäscht die andere, dafür findet mal ein Brandartikel Aufnahme.

Darum Augen auf, Kollegen, werft die bürgerliche und die sogenannte neutrale Presse aus eurem Haus, sie sind samt und sonders für diese Mänöver zugänglich. Geld stinkt nicht. Durch das Abonnement dieser Presse unterstützt ihr jene Kreise, die euch das Leben schwer, fast unerträglich machen. In das Haus des Arbeiters gehört die sozialistische Presse, die für Recht und Wahrheit kämpft und entschlossen für die Rechte des Proletariats eintritt. Geschieht dies, dann sind wir ein Stück weiter auf der Bahn zum Sozialismus gekommen.

Der französische Generallstreik

Aber ganz Frankreich flutet eine Streikwelle, die an Größe und Tiefe keine Vorgängerin hat. Der große Eisenbahnerstreik im Februar ds. Jrs. leitete diese gewaltige Streikbewegung ein. Damals gelang es den alten Gewerkschaftsführern, vorzeitig die Bewegung bezuglos. Das veranlaßte den Kongreß der Eisenbahner, der Ende April tagte, dem Verwaltungsrat mit 196 298 gegen 123 012 Stimmen ein Märzstreikverbot auszustellen. Es wurden dann neue Geschäftsführer gewählt, die eine schärfere Tonart vertraten. Der Kongreß gab dem neuen Verwaltungsrat auch gleich die Marschroute mit. Er forderte, daß sofort ein neuer Zustand vorzubereiten sei, der nur beendet werden solle, wenn folgende vier Punkte erreicht worden sind: 1. Nationalisierung der Eisenbahnen, 2. Wiedereinstellung der Gemäßigten, 3. Niederschlagung aller strafrechtlichen Verfolgungen, 4. Anerkennung des Gewerkschaftsrechts.

Wenige Wochen später brach der neue Streik aus, der sich nicht allein auf die Eisenbahner beschränkte, sondern das ganze Industrie- und Verkehrsleben mit erfaßte. Die "Confédération générale du travail" (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) nahm die Führung des Streiks in die Hand. Mit den Eisenbahnern traten die Bergarbeiter, die Arbeiter des Baugewerbes, die Gasenarbeiter, Transportarbeiter, die Straßenbahnen, das Personal der Untergrundbahn, die Metallarbeiter und später auch die Gas- und Elektrizitätsarbeiter sowie die gesamte Möbelindustrie in den Streik. Dabei zeigte sich dieselbe Erscheinung, die wir in Deutschland bei allen größeren Streiks beobachten mußten. Der Streik brach nicht überall zur gleichen Zeit aus, sondern verbreitete sich von einem Gebiet auf das andere, wodurch die Macht des Streiks erheblich abgeschwächt wurde.

Aber die allgemeine Streiklage schied Daniel Renoult am 16. Mai im "Populaire":

... Eine nach der anderen sind die Gewerkschaften in den Streik getreten und tun ihre Pflicht. Wenn es auch hier und da einige Niederlagen gab, so war doch die Disziplin wunderbar und die Begeisterung groß für das hohe Ziel der C. G. T. Noch nie in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung hat man eine Schlacht gesehen, die diese an Ausbreitung und Höhe des Streiks übertraf.

Es ist unmöglich, daß eine derartige historische Tatsache nicht eine neue Situation erzeugt.

Schon hat die große Sache der Nationalisierung, für die die C. G. T. die Arbeiterbataillone hat marschieren lassen, einen ersten Sieg errungen. Im gleichen Augenblick, wo die Regierung, um den Royalisten zu gehorchen, sich mit einer hochmütigen Gebärde hoch aufrichtet, setzt sie auf die Tagesordnung der Kammer die Frage der Nationalisierung.

Aber das ist noch wenig. Besonders wichtig ist, daß sie sie vor dem ganzen Land während des großen Streiks gestellt hat. Das zählt anders als eine Eintragung auf dem Kalender der parlamentarischen Tagesereignisse; das Prinzip der Einwirkung der Produzenten und Verbraucher in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist durch das Opfer unzähliger Arbeiter, die für diese Idee gestreift und gelitten haben, angeordnet und neu belebt worden.

Man muß so unvorsichtig in sozialen Fragen sein wie unsere Royalisten, um zu glauben, die C. G. T. sei besiegt und würde verschwinden!

Die moralische Stellung der Arbeiterorganisationen wird nach diesem Kampfe stärker sein. Nicht nur das, diese Demonstration der proletarischen Kraft und der Solidarität, die die verschiedensten Gewerkschaften verbindet, wird einen starken Einfluß auf die politische Lage des Landes ausüben und der Reaktion zu denken geben.

Die Kameraden, die mit soviel Mut kämpfen und bis zum Ende aushalten werden, können stolz auf ihre Handlung sein und mit Vertrauen in die Zukunft sehen."

Renoult schildert nicht nur den Umfang und Verlauf des Streiks, er verweist auch auf das Ziel des Streiks. Die französische Arbeiterchaft kämpfte nicht nur um geringe Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ihr Kampf hatte einen politischen Charakter. Ihr Kampf richtete sich letzten Endes gegen die Regierung und den kapitalistischen Staat. Dabei zeigt sich dieselbe Unklarheit der aufgestellten Forderungen, wie das während des Krieges und unmittelbar nach der Novemberrevolution in Deutschland der Fall war. Das Proletariat Frankreichs kämpft gegenwärtig um das Mitbestimmungsrecht bei der Neuordnung des wirtschaftlichen und politischen Lebens. Nach den Beschlüssen der C. G. T. ist das Ziel der Bewegung, die Herrschenden zu einer Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeiter und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf den sie bei der unumgänglichen notwendigen Reorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch haben. Das französische Proletariat beschleibt sich gegenwärtig bei diesen Forderungen, wird aber durch das Verhalten der kapitalistischen Nachbarn und die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen wie politischen Verhältnisse gezwungen werden, den Machtkampf mit dem kapitalistischen Staat und seiner Regierung anzunehmen.

Die Regierung erkennt die große Gefahr. Sie sieht die erste Welle der sozialen Revolution herannahen. Sie will diese Welle brechen mit reaktionären Methoden. Die Streikführer werden verhaftet, desgleichen auch der Redakteur des Journal de peuple, des Populaire und Souvarine. Hausdurchsuchungen werden vorgenommen, Dokumente beschlagnahmt, die gesamte kapitalistische Presseelemente schreit über das Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates und die anarchischen Umtriebe". Der französische Minister hat den Justizminister aufgefordert, eine Untersuchung gegen den Allgemeinen Arbeiterverband, der C. G. T., zum Zweck seiner Auflösung einzuleiten, und zwar auf Grund des Gesetzes vom 21. März 1884, das den Gewerkschaften nur das Recht der Vertretung von Berufsinteressen zuspricht. Dieses Vorgehen beweist am besten, welche Angst die französische Regierung vor der sozialen Revolution hat. Der Allgemeine Arbeiterverband hat sich an die gewerkschaftliche Internationale gewandt mit dem Ersuchen, die französischen Gewerkschaften in ihrem Kampfe um ihre Existenz zu unterstützen.

Der heldenhafte Kampf des französischen Proletariats wird zuerlich mit einer Niederlage der Arbeiter enden. Wenn jetzt die bereitwilligen Gewerkschaften von Elap-Lötlhingen gleichfalls den Generallstreik vorbereiten, so kann das den Ausgang des Streiks in Frankreich nicht wesentlich beeinflussen. Die Niederlage der französischen Arbeiterchaft wird aber nur scheinbar sein; ihr gewaltiger Erfolg wird sich zeigen in einer Revolutionierung der Massen, wird sich zeigen in einer Umwandlung der mehr auf sozialreformistischen Bestrebungen fußenden französischen Gewerkschaftsbewegung zu einer revolutionären Massenbewegung. Die Lehren dieser gewaltigen Krafteinwirkung werden die französische Arbeiterchaft veranlassen, ihre Kampfparole weiter zu stecken, werden sie zwingen, den revolutionären Klassenkampf aufzunehmen, um damit die soziale Revolution vorwärts zu treiben. Die französischen Nachbarn mögen rotsche Methoden anwenden, sie werden den gleichen Erfolg haben wie in Deutschland. Der Weltkrieg hat auch die "Siegerländer" erschüttert, die Selbstrevolution schreitet vorwärts!

